

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Band: 30 (2003)
Heft: 1

Artikel: Wirtschaft : die Schweizer Konjunktur stottert
Autor: Ribl, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909881>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Patrick Lüthy / Imagopress

Rolf Ribi, Redaktor der «Schweizer Revue», im Gespräch mit Bundesrat Pascal Couchepin.

Die Schweizer Konjunktur stottert

VON ROLF RIBI

Das Wirtschaftswachstum der Schweiz lahmt, ein Aufschwung ist nicht in Sicht. Haben wir bloss eine vorübergehende Stagnation, wie Bundesrat Pascal Couchepin meint? Oder liegen die Gründe für die lange Wachstumsflaute in der Schweizer Wirtschaft tiefer?

DA STAUNTE DIE ÖFFENTLICHKEIT: Ausgerechnet die «Neue Zürcher Zeitung», die Bannerträgerin der freien Marktwirtschaft, verkündete im Herbst drastische Sparmassnahmen. 20 Millionen Franken will der Zei-

tungsverlag sparen, 80 Arbeitsplätze werden gestrichen, 27 Mitarbeiter erhielten den blauen Brief. So etwas hatte es in der gut zweihundertjährigen Geschichte des Weltblattes nicht gegeben. Die Wirtschaftsflaute mit dem Rückgang von Stellenanzeigen und Inseraten hat die «alte Tante» ins Herz getroffen.

Sie ist nicht gut, die Wirtschaftslage in der Schweiz. Der Konjunkturmotor stottert, das Wachstum ist seit langem mager, der Aufschwung lässt auf sich warten. So haben denn das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich und die Grossbanken ihre Konjunktur- und Wachstumsprognosen am Jahresende stark nach unten korrigiert. Die Ökonomen im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement rechnen für das Jahr 2002 mit einem Wachstumsrückgang von 0,2 Prozent und für das laufende Jahr mit nur einem Prozentpunkt Wachstum, und das bei 3,2 Prozent Arbeitslosigkeit im Jahresmittel.

Steckt die Schweizer Volkswirtschaft in einer Rezession oder nur in einer Stagnation? Im Gespräch mit der «Schweizer Revue» sagte der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements (EVD), Bundesrat Pascal Couchepin, noch im alten Jahr: «Wir haben eine Stagnation bei einem Nullwachstum. Sie könnte zu einer Rezession werden, wenn sich das weltweite Klima verschlechtert.» In einer Karikatur der Zeitung «Blick» zeigt ein Augenarzt auf eine Schrift mit den Buchstaben «Rezession», doch unser Wirtschaftsminister liest mit seiner Brille «Aufschwung». Es brauche «ein bisschen Mut», die wirtschaftliche Realität beim Namen zu nennen, kritisiert die «Neue Zürcher Zeitung» den Minister. Und hält fest: «Die Schweiz befindet sich in einer Rezession, entscheidend ist das Minus.»

Ob Stagnation oder Rezession, eines ist klar: Die Schweiz hat, unabhängig vom konjunkturellen Auf und Ab, ein Wachstumsproblem. Das sieht auch Bundesrat Couchepin so: «Unsere Wirtschaft hat seit zehn

Jahren eine Wachstumsschwäche. Wir haben gegenüber dem Ausland an Tempo verloren.» In der Tat: Mit einer mittleren jährlichen Expansion von 1,1 Prozent zwischen 1992 und 2001 lag die Schweiz auf dem letzten Platz unter allen Staaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraumes. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, fällt unser Land in Sachen Wohlstand bis zum Jahr 2015 hinter Länder wie Deutschland, Österreich oder Finnland zurück.

Die unbefriedigende wirtschaftliche «Performance» der Schweiz hat vorwiegend hausgemachte Ursachen. Dies belegen zwei interessante Dokumente: Der letztes Jahr erschienene Wachstumsbericht des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, und eine neue Studie des Think-tank Avenir Suisse zum Alleingang der Schweiz in Europa. Deren Autoren sprechen gar von einem «verlorenen Jahrzehnt» nach dem EWR-Nein vor zehn Jahren und von «verpassten Chancen des Alleingangs». Fünf Faktoren bestimmen massgeblich das wirtschaftliche Wachstum: der Wettbewerb, die Produktivität, das menschliche Wissen, die Staatstätigkeit und die internationale Öffnung.

Zu wenig Wettbewerb

Intensiver Wettbewerb im Inland und die Konkurrenz aus dem Ausland erhöhen die Leistung der Unternehmen, sind ein Anreiz zur Innovation, fördern die Produktivität und senken die Preise. Für die Schweizer Wirtschaft ist der Befund seit Jahrzehnten eindeutig: Es gibt zu wenig Wettbewerb. In der privaten Wirtschaft sorgen Absprachen bei Preisen, Mengen, Normen und Absatzmärkten in vielen Branchen für «Windstille» und gesicherte Gewinne in der reglementierten Branche. In der öffentlichen Wirtschaft beschieren administrative Preise, Tarife, Gebühren und Abgaben feste Einnahmen für die Behörden und bedeuten Mehrkosten für die Wirtschaft und die Haushalte.

Warum bewegt sich beim Wettbewerb in der Binnenwirtschaft seit langem so wenig? «Hinter den unflexiblen Preisen eines Kartells verstecken sich immer Interessengruppen», erklärt Couchepin und nennt als Beispiele die Reformprobleme in der Landwirtschaft und die staatlich gelenkten Preise im Gesundheitswesen oder auf dem Immobilienmarkt durch Mietrecht und Raumpla-

nung. Gewiss, das Kartellgesetz von 1996 wird nun leicht verschärft, Telekommunikation und Post werden liberalisiert und der Fleischmarkt wird etwas geöffnet.

Doch das Ziel einer am Wettbewerb orientierten dynamischen Binnenwirtschaft ist noch lange nicht erreicht. «Es gibt noch Hindernisse in den Köpfen der Menschen» (Couchepin). Auch Bruno Gehrig, Vizepräsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, spricht von einem «schwach ausgebildeten Willen zum Wettbewerb in der Binnenwirtschaft». Dies koste uns einen «substanziellen Preis in Form erheblicher Wohlstandsverluste».

Hohe Preise

Die direkte Folge des fehlenden Wettbewerbes sind offenkundig: Inlandgüter sind in

zur Spitzengruppe, zusammen mit Dänemark, Island und Norwegen. Nahrungsmittel zum Beispiel kosten in der Schweiz 50 Prozent mehr als in den EU-Ländern, beim Fleisch sind es 89 Prozent, für Fisch 59 Prozent und beim Gemüse 57 Prozent.

Ungenügende Produktivität

Wie kann eine Volkswirtschaft mehr Güter und Leistungen produzieren? Indem mehr Arbeitsstunden geleistet werden oder die Produktion je Arbeitsstunde (Produktivität) steigt. Die Eidgenossen arbeiten mehr und länger als anderswo, und mit einem Anteil von 82 Prozent Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung kennt unser Land einen Spitzenrang. Anders sieht es bei der Produktivität aus: «In der Binnenwirtschaft ist die Produktivitätsentwicklung unbefrie-



Patrick Lüthy / Imagopress

Bundesrat
Pascal Couchepin:
«Wir haben eine Stagnation bei einem Nullwachstum. Sie könnte zu einer Rezession werden, wenn sich das weltweite Klima verschlechtert.»

der Schweiz auf einzelnen Märkten und insgesamt erheblich teurer als im Ausland. Das ist ein Nachteil für unsere Exportwirtschaft und den Tourismus – und Ursache für die hohen Lebenshaltungskosten in unserem Land.

Gemäss einer europaweiten Studie des Statistischen Amtes der Europäischen Union gehört die Schweiz beim Preisniveau

digend. Sie liegt weit hinter der Performance des Exportsektors zurück» (Nationalbank-Vizepräsident Bruno Gehrig). «Der dauernde Rückgang des Wachstums der Arbeitsproduktivität ist der zentrale Faktor zur Erklärung des Wachstumsrückstandes» (so das Staatssekretariat Seco). Diesem Befund widerspricht allerdings Serge Gaillard, Chefökonom beim →

Schweizerischen Gewerkschaftsbund: «Die Arbeitsproduktivität hat im letzten Jahrzehnt stark zugenommen.»

Couchepin zum Problem der Produktivität: «Wir haben eine hohe Beschäftigung mit wenigen Arbeitslosen, was die Produktivität senkt. Das Ausland schickt mehr Arbeitslose in die Fürsorge, was die Produktivität im Arbeitsprozess erhöht. Wir haben Bereiche mit einer niedrigen Produktivität wie die Landwirtschaft und den Tourismus.» Und die Produktivität des Finanzbereichs oder der Verwaltung lasse sich kaum messen. Allerdings: Die USA machen vor, wie man mit einer relativ niedrigen Arbeitslosigkeit eine hohe Produktivität erreichen kann.

Wichtiges Humankapital

Die Produktivität einer Arbeitsstunde wird bestimmt durch die Ausrüstung am Arbeitsplatz (Realkapital), die Ausbildung der Arbeitskraft (Humankapital) und durch das Know-how (Technologie). Die Aufmerksamkeit gilt heute vor allem dem Humankapital: Je besser die berufliche und fachliche Ausbildung, desto höher ist die Produktivität der Arbeitskräfte.

Der Dachverband der Schweizer Wirtschaft (Economiesuisse) will mit einer

«wachstumspolitischen Daueroffensive» das Humankapital fördern. Der mächtige Interessenverband verlangt, die Ausgaben für Bildung und Forschung im Zeitraum von 2004 bis 2007 um jährlich rund 6,5 Prozent wachsen zu lassen. Von der linken politischen Seite tönt es ähnlich: «Den wichtigsten Schlüssel zu einer Steigerung der Produktivität hat das Volkswirtschaftsdepartement in der Hand», sagt der SP-Nationalrat Rudolf Strahm und fordert mehr Investitionen in die Berufs- und Weiterbildung zur Schaffung von Humankapital. Der Gewerkschafter Serge Gaillard erwähnt im Gespräch die Aufwertung der Fachhochschulen und die Anpassung der Berufsbildung an neue Berufsbilder und Technologien. Und vergisst dabei die Volksschule nicht: «Jeder Jugendliche muss in der Lage sein, mindestens den Anschluss an die Berufslehre zu schaffen.»

Investieren in den Denkplatz Schweiz – das will auch unser Wirtschaftsminister. Er verweist auf Anstrengungen in der Volksschule, bei der Berufsbildung, den Fachhochschulen und Universitäten. Das Parlament hatte im Herbst auf bundesrätlichen Antrag die Kredite für Bildung und Forschung erhöht. «Das ist der einzig richtige Weg. Der Staat hat auf diesem Gebiet ge-

mäss Bundesverfassung eine Hauptrolle zu spielen.»

Die Rolle des Staates

Für das wirtschaftliche Wachstum spielt der Staat eine grundlegende Rolle. Doch wie viel Staat darf es sein, wie hoch dürfen Staatsquote (Anteil der Staatsausgaben samt Sozialversicherungen am Sozialprodukt) und Steuerquote (Anteil des Steuereinkommens am Sozialprodukt) sein? Staatliche Ausgaben für Infrastrukturen wie Verkehr und Telekommunikation oder für Bildung und Forschung begünstigen längerfristig die Wachstumsrate einer Wirtschaft. Das System der sozialen Sicherheit hilft dem Arbeitsfrieden und trägt zur wirtschaftlichen Stabilität bei. Andersherum: Die private Wirtschaft arbeitet dynamischer als der öffentliche Sektor, staatliche Leistungen sind oft zu teuer oder werden rasch angehoben, zu hohe Einkommens- und Unternehmenssteuern behindern Mut und Innovation.

Bei der Staatsquote und der Steuerquote liegt die Schweiz zum Vorteil ihrer Wirtschaft leicht unter dem Durchschnitt der führenden Industrieländer. Dennoch kritisiert der Wirtschaftsdachverband: Von 1990 bis 2000 sei die Staatsquote in der Schweiz um 4,7 Prozent gestiegen, und bei der Steuerquote habe die Ausweitung beim Bund gar 5,3 Prozent betragen. «Jede Erhöhung der Staatsquote um ein Prozent führt zu einer Wachstumseinbusse von 0,15 Prozent», sagt Rudolf Walser von Economiesuisse. Ein Problem bleibt allerdings: Die Alterung der Bevölkerung wird die soziale Last in Zukunft kaum senken lassen.

Alleingang mit Folgen

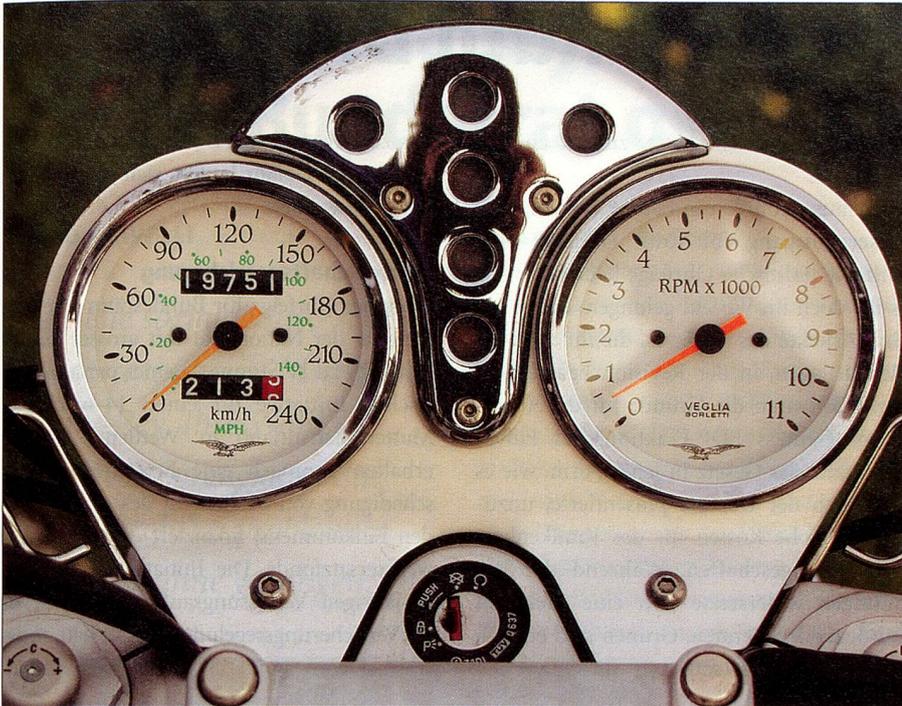
Im ganzen europäischen Wirtschaftsgebiet liegt die Schweiz, wie geschildert, mit ihrem Wachstum an letzter Stelle. Gibt es dabei einen Zusammenhang mit dem politischen Alleingang nach dem EWR-Nein von 1992 und dem Fernbleiben von der Europäischen Union? «Nicht ganz», antwortet Bundesrat Couchepin und verweist auf die Wettbewerbsschwäche im Inland. Dennoch: «Mit dem EWR hätte man viel erreichen können. Das Volk hat anders entschieden. Schade, aber in der Demokratie hat das Volk immer Recht.»

Die aussenwirtschaftliche Verflechtung der Schweiz ist mit rund vierzig Prozent der Wirtschaftsleistung grösser als in anderen



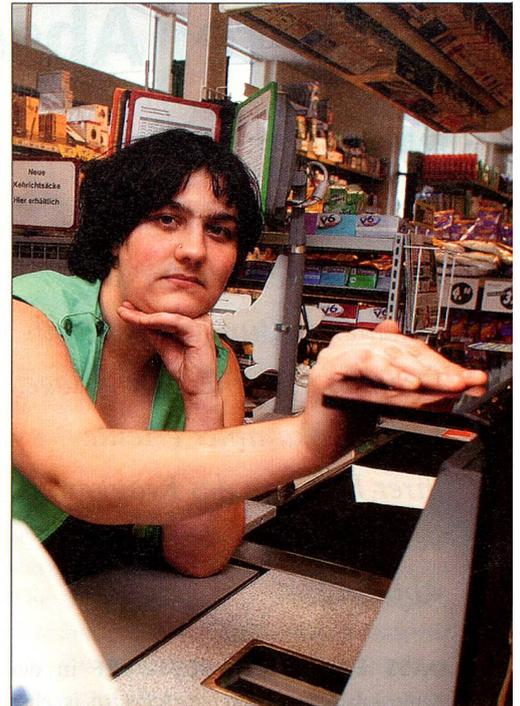
Imagopress

Von den Folgen der misslichen Wirtschaftslage bleibt auch der Dienstleistungsbereich nicht ausgespart.



Imagopress

Der Motor der Schweizer Konjunktur stottert.



Warten auf Kundschaft in einem Schweizer Lebensmittelgeschäft.

Ländern. Unsere Exportprodukte gelten auf den internationalen Märkten als wettbewerbsfähig. Dennoch steht fest: Die Schweiz konnte ihren Anteil am Weltexportmarkt in der jüngeren Vergangenheit nicht steigern – andere Länder sind erfolgreicher gewesen.

Der helvetische Alleingang in Europa hat Folgen: «Es ist ein Nachteil, dass die Schweiz zu den in der EU verlangten Liberalisierungen nicht automatisch gezwungen wird», sagt Aymo Brunetti, Chefökonom im Staatssekretariat für Wirtschaft. Und: «Die bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union haben nicht die gleiche umfassende Wirkung, wie ein Beitritt zum EWR sie gehabt hätte.»

Noch immer wettbewerbsfähig

Trotz aller Alarmsignale ist unsere Volkswirtschaft noch immer international wettbewerbsfähig: in der Rangliste der attraktivsten Wirtschaftsstandorte des Lausanner Managementinstituts auf Rang sieben (Spitzenreiter USA), und in der Liga der wettbewerbsfähigsten Länder des Weltwirtschaftsforums sogar auf Platz sechs (Spitzenplatz für USA).

Gibt es Hoffnung auf eine Rückkehr der Volkswirtschaft zu ihrem Potenzialwachstum (der grundsätzlich möglichen Wirtschaftsleistung) von zwei Prozent? Pascal

Couchepin ist zuversichtlich: «Unser Arbeitsmarkt ist flexibel, für Investitionen sind die Zinsen tief, die Exportwirtschaft ist wettbewerbsfähig und die Nationalbank führt eine flexible Geldpolitik.» Aber auch dies: «Mit einem schweizerischen Konjunkturprogramm können wir nicht die Weltkonjunktur ankurbeln.» Für den Ökonomen Serge Gaillard trägt die Nationalbank die Hauptverantwortung für die konjunkturelle Stabilisierung und gegen die weitere Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro. «Die heutige Notenbankführung leistet gute Arbeit.»

Noch im alten Jahr sorgte noch einmal die «Neue Zürcher Zeitung» für eine Überraschung. Unter dem Titel «Die Schweizer

Wirtschaft im Purgatorium» schrieb Gerhard Schwarz, Chef der Wirtschaftsredaktion: «Das Zusammentreffen von Unfähigkeit und Unmoral prägt zurzeit das Bild der Schweizer Wirtschaft.» Viele hiesige Grossunternehmen befänden sich «in einer Art Dauerkrise». Strategische Fehlentscheide, unternehmerisches Versagen und moralische Verirrungen verschiedener Manager hätten zu einem «galoppierenden Vertrauensverlust der Öffentlichkeit gegenüber wirtschaftlichen Führungsspitzen» geführt. «Was die Schweizer Wirtschaft braucht, ist ein Dante'sches Purgatorium.» Solche Töne hat man von der «alten Tante» an der Zürcher Falkenstrasse noch nie gehört. 

Literatur zum Thema

Der Wachstumsbericht. Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement, Bern 2002. Herausgegeben vom Staatssekretariat für Wirtschaft, Bundesgasse 8, 3003 Bern. Telefon 031 324 08 60. www.seco-admin.ch

Uwe Wagschal, Daniele Ganser und Hans Rentsch, Avenir Suisse: **Der Alleingang – die Schweiz 10 Jahre nach dem EWR-Nein.** Orell Füssli Verlag, Zürich 2002, www.ofv.ch

Pascal Couchepin: **Ich glaube an die Politik. Gespräche mit Jean Romain.** Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2002 Zürich, www.nzz-buchverlag.ch